

Sie bekommen momentan ihre Briefe und Pakete nur teilweise, überhaupt nicht – oder wenn, dann müssen sie bei der Zustellung unsinnige Gebühren zahlen.

Post ab

er aus Wanzwil BE



Manfred Schnyder bekommt seine Post nur teilweise.

Die Pöstlerin hat Angst vor mir»

der Pöstlerin reklamiert. «Da ist es erst richtig schlimm geworden mit den falschen Zustellungen. Dabei muss sie ja nur die Post bringen. Das ist keine Kernphysik.»

Post-Sprecher Bürki spricht von einer absoluten Ausnahme-situation: «Dass Haushalte in Ausnahmefällen zwischenzeit-

lich nicht beliefert werden, gibt es. Etwa, wenn jemand einen bissigen Hund hat.» **Normalerweise löse man das Problem mit einem Gespräch.** Nicht so bei Manfred Schnyder. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Post-Schreck Schnyder: «Ich habe den Filialleiter angezeigt. Er hat mich als Arschloch betitelt.»

Müller aus Vermes JU

Die Post kommt garnicht mehr»



Familie Müller aus Vermes JU steht mit der Post seit Sommer 2015 im Dauer-Clinch. Bauer Andreas Müller (33): «Wir werden schikaniert.» Die Familie wurde vor die Wahl gestellt: **Entweder die Briefe im acht Kilometer entfernten Postfach selber abholen – oder die Post kommt nur noch digitalisiert als E-Mail.** Trotz laufender Beschwerde komme die Post momentan nicht, sagt Andreas Müller: «Sie begründen es damit, dass es zu viel Schnee auf den Strassen habe.» **Aber: Die Nachbarn werden ganz normal beliefert.** Der Verdacht des Bauern: «Wir sind unbequem, weil wir uns wehren.» Post-Sprecher Bernhard Bürki widerspricht dem: «Das gabes schon immer, dass die Post wegen unbefahrbarer Strassen nicht ausgeliefert werden kann, bis die Verhältnisse eine Zufahrt wieder zulassen.» Andreas Müller bleibt dabei: «Ich habe auch heute keine Post bekommen. Dabei liegt weit und breit kein Schnee!»



Leerer Kasten: Andreas Müller wird von der Post ignoriert.

300 neue Staats-Stellen

Beamte herzlich willkommen



Jobzahl nahe an der Schmerzgrenze: Finanzminister Ueli Maurer.

Es herrscht finanzpolitische Endzeitstimmung in der Bundesstadt. Ein Sparpaket jagt das andere. **Amtsdirektoren ächzen über Einschnitte. Beamte maulen über ausbleibende Lohnrunden.** Doch aller Verzicht – vergeblich! 2019 drohe ein Milliardendefizit, warnte Bundesrat Ueli Maurer (SVP) letzte Woche. Sparen bleibe Pflicht.

So gross das Gejammer ist, die Realität in den Amtsstuben sieht freundlicher aus. **Der Bund schafft munter neue Stellen.** Zwischen Januar und November 2015 ist das Heer der Staatsangestellten um 301 Personen gewachsen. Macht pro Tag einen zusätzlichen Beamten. Im November verdienten **bereits 38 677 Angestellte ihre Brötchen beim Bund.** Neuere Zahlen sind nicht verfügbar.

Auch die Vollzeitstellen steigen unvermindert an – auf 34 930 im November 2015. Damit **kratzt die Bundesverwaltung bereits an der Schmerzgrenze von 35 000 Vollzeitstellen,** die das Parlament 2015 definiert hat. Die Idee: Sobald der

Personalbestand diese Marke erreicht, wird er eingefroren. Neue Stellen müssen intern kompensiert werden. Der Bundesrat arbeitet einen entsprechenden Bericht aus.

Die immer grössere Beamtenschaft ärgert bürgerliche Politiker. Der Luzerner Finanzpolitiker **Albert Vitali (FDP) verlangt eine entschlossene Reaktion des Bundesrats.** Werde die Schmerzgrenze überschritten, müsse das Parlament die Sache selbst in die Finger nehmen, so Vitali. «Dann müssten wir der Verwaltung beim Budgetprozess das Geld wegnehmen.»

Für Margret Kiener Nellen (SP/BE) ist der Personalbestand hingegen kein Grund zur Sorge: «Gemessen an den Gesamtausgaben sind **die Personalkosten sehr stabil geblieben.**» Der Bund brauche genügend Personal, um seine Aufgaben rasch und professionell erfüllen zu können.

Spitzenreiter im Schaffen neuer Stellen waren Doris Leuthard und Eveline Widmer-Schlumpf. In Leuthards Departement für Umwelt,

Verkehr, Energie und Kommunikation seien die zusätzlichen Stellen auf **neue Aufgaben, auf Internalisierungen von Jobs sowie auf die Fluktuation** zurückzuführen, heisst es. Beim Finanzdepartement fällt unter anderem der vom Parlament for-

cierte Ausbau des Grenzwachtkorps ins Gewicht. Ein EFD-Sprecher versichert, dass **Ueli Maurer dafür besorgt sein werde, dass die Grenze von 35 000 Vollzeitstellen** nicht überschritten werde. **Christoph Lenz**

Maurer weckt Zweifel

Über 38 000 Beamte beschäftigte der Bund Anfang 2015. Bis Ende November kamen 300 weitere hinzu. Viele von ihnen sind motiviert und leisten wichtige Arbeit. Dennoch ist nicht zu bestreiten, dass sich der politisch-bürokratische Komplex Bern verselbständigt hat. Nichts kann ihm etwas anhaben. Weder Sparappelle, Konjunkturdelen noch Defizitprognosen.

Kann Ueli Maurer diese Dynamik stoppen? Zweifel sind leider angebracht. In seinem ersten Ausblick als Finanzminister schob Maurer die

Das meint Blick

Christoph Lenz
Bundeshausredaktor
christoph.lenz@ringier.ch

Schuld am drohenden Milliardendefizit flapsig ab. Auf die Flüchtlinge und auf den Ständerat, der die AHV-Mindestrente um 70 Franken erhöhen will. Maurer nutzte also die erstbeste Gelegenheit, die halbgaren finanzpolitischen Parolen der SVP weiter zu verbreiten. So wird er sich jenen Respekt nicht erwerben, den er bräuchte, um die Verwaltung wirklich zurückzubinden.

POLITIK & WIRTSCHAFT

2000 Anzeigen gegen VW in der Schweiz

Bern – Im Zusammenhang mit der Manipulation von Abgaswerten haben 1500 bis 2000 Schweizer Autobesitzer bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen den Autohersteller VW gestellt. Diese bündelt die Anzeigen und leitet sie an eine deutsche Staatsanwaltschaft weiter. Die Chance auf Entschädigung ist aber gering.

Gewinneinbruch bei der Bank Julius Bär

Zürich – Der Gewinn der Julius-Bär-Gruppe ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um fast 70 Prozent auf 123 Millionen Franken eingebrochen. Hauptgrund ist eine Strafzahlung von 521 Millionen Franken im Zusammenhang mit dem Steuerstreit mit den USA.

3000 Tonnen Essen für Arme gespendet

Winterthur ZH – Der Verein Tischlein deck dich hat im vergangen Jahr 3259 Tonnen Lebensmittel verteilt – zwölf Prozent mehr als 2014. Damit konnten 16,3 Millionen Teller gefüllt werden. Nach eigenen Angaben versorgt der Verein wöchentlich 15 800 von Armut betroffene Menschen mit Lebensmitteln.

KMU unterschätzen Digitalisierung

Basel – Für 65 Prozent der Schweizer Unternehmen mit 30 bis 2000 Mitarbeitenden spielen digitale Technologien kaum eine oder keine Rolle. Das ergab eine Umfrage der Beratungsfirma Ernst & Young bei 700 Unternehmen.

Neue Asylzentren in der Romandie

Bern – In der Westschweiz werden Bundeszentren für Asylsuchende in Boudry NE, Giffers FR und Grand-Saconnex GE eingerichtet. Weitere Einrichtungen werden in den Kantonen Waadt und Wallis geschaffen. Darauf haben sich der Bund und die Westschweizer Kantone geeinigt.

Hunderttausende wechseln die Kasse

Bern – Rund 700 000 Versicherte haben auf Anfang Jahr ihre Krankenkasse gewechselt. Das hat der Vergleichsdienst comparis.ch mit einer repräsentativen Umfrage bei 4000 Personen ermittelt.

Börse & Devisen

SMI	8311.0 (-0.1%)
DOW JONES	16 449.2 (-0.1%)
EURO/CHF	1.11
USD/CHF	1.02
GOLD	36 928 Fr./kg
ERDÖL	34.07 \$/Fass

Schlamperei in der Armee

Waffen für immer verschwunden

Letztes Jahr landeten 18 herrenlose Armeewaffen bei den SBB. BLICK berichtete gestern über die brisanten Zahlen aus dem klassifizierten Jahresbericht der Militärischen Sicherheit. Nun bestätigt die Armee die Zahlen. **Bei den 18 entdeckten Waffen handle es sich um einen «durchschnittlich hohen Wert», sagt Sprecher Walter Frik.** Betroffene Armeemitglieder müssten mit einem Disziplinarverfahren rechnen, warnt er.

Wie hoch die Strafe ausfällt, hänge stark von den Umständen ab, erklärt Militärjustiz-Sprecher Tobias Kühne. «Wer vollgepackt im Stress aus dem Zug steigt, erst nach der Abfahrt das Fehlen der Waffe bemerkt und dies dann sofort dem Bahnpersonal meldet und sich so um eine rasche, sichere Rückgabe der Waffe bemüht, hat bessere

Chancen, mit einer Disziplinarstrafe davonzukommen», so Kühne. «Doch je länger es geht, bis jemand den Verlust meldet, umso schwerwiegender wird der Fall behandelt.»

Alarmierend: **Manche Sturmgewehre wurden gar nie mehr gefunden!** Kühne bestätigt: «Solche Fälle hat es tatsächlich schon gegeben – mit härterer Bestrafung.» Wie viele Fälle bei der Militärjustiz landen, kann er nicht sagen. Dafür bestätigt die Armee, dass sie pro Woche in 13 Verkehrsunfälle verwickelt ist. **Diese Zahl sei «leider leicht steigend», so Sprecher Frik.** Mit Aufklärungskampagnen versuche man, dem «negativen Trend» entgegenzuwirken.

Als «tiefen Wert» bezeichnet er die Fälle von Drogenkonsum und -besitz. In den letzten Jahren waren es im Schnitt 545. **Joël Widmer und Ruedi Studer**